

Ohne Durchblick

Eine Studie zeigt, wie die Medien bei den NSU-Morden bis 2011 genauso wenig an Rechtsextremismus dachten wie die Ermittler

VON ILJA TÜCHTER

2005 erschienen in deutschen Medien die ersten Berichte über sogenannte „Döner-Morde“. Erst Ende 2011 wurde klar, dass die damit bezeichneten Morde an acht türkischstämmigen und einem griechischen Kleinunternehmer die Taten einer rechtsextremen Terrorgruppe waren, des NSU. „Döner-Morde“ wurde zum Unwort des Jahres gekürt. Nun haben Sprach- und Medienwissenschaftler erforscht, wie Printmedien über die Jahre berichtet hatten. Ihr Fazit ist wenig schmeichelhaft für die Journalisten.

„Die Presse hat versagt“, fasst Jupp Legrand die Ergebnisse zusammen. Er ist Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung der Gewerkschaft IG Metall, die die Studie „Das Unwort erklärt die Untat“ finanziert hat. „Die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden und auch Mutmaßungen über Hintergründe wurden unkritisch übernommen und öffentlich verstärkt“, so Legrand, der das 90-seitige Papier jetzt vor dem „Runden Tisch deutscher und türkischer Journalisten Rhein Main“ präsentierte. Zu dem Netzwerk, das die Herbert-Quandt-Stiftung wie das Bistum Limburg und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau tragen, gehört auch die RHEINPFALZ.

„Auftragskiller“, „Drogengeschäfte“, „die PKK“, „türkische Nationalisten“ – es gab kaum ein Motiv, über das nicht spekuliert wurde, erläutert Elke Grittmann von der Uni Lüneburg, die zum Wissenschaftler-Team gehörte. Allein „Rechtsextremismus“ kam als Deutungsmuster nur punktuell in Betracht. „Die Behörden haben zehn Jahre falsch ermittelt, und die Medien haben das weitergegeben“, konstatiert Grittmann. Damit seien die Opfer zu Tätern gemacht worden. „In der Art und Weise, wie Opfer dargestellt wurden, kam es zu Stigmatisierungen und Ausgrenzungen.“ Der springenden Punkt: Es sei über die Weitergabe von Behördeninformationen hinaus „wenig selbst recherchiert“ worden. Dies sei ein grundsätzliches Problem der Verbrechen- und Polizeiberichterstattung, so Grittmann. Die NSU-Morde seien bis 2011 fast nur auf den Seiten für die „bunten Nachrichten“ gedruckt worden. Dort



Mahnung: Mitglieder der Initiative „Keupstraße ist überall“ stehen im Januar 2015 vor dem Oberlandesgericht München, wo der Prozess um die Morde und Terroranschläge des NSU läuft. Durch einen Nagelbombenanschlag, der dem NSU zugeordnet wird, sind am 9. Juni 2004 in der Kölner Keupstraße 22 Menschen teils schwer verletzt worden. FOTO: DPA

stehe auch bei großen Zeitungen statt selbst recherchierter Geschichten zu meist Material von Nachrichtenagenturen. Und es werde auf Boulevardsprache gesetzt, was den flapsigen Begriff „Döner-Morde“ erklärt.

Auch in der RHEINPFALZ wurde über die mysteriösen Morde im „Zeitgeschehen“ berichtet. Ebenso über den Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße 2004, der sich ebenfalls im Nachhinein als mutmaßliche Tat des NSU herausstellte. Nur im Heilbronner Fall der ermordeten Polizistin Kiesewetter gab es vor Ende 2011 längere eigene Berichte, die aber auch von den Irrtümern der Behörden geprägt waren.

Das „Rechtsextremismus-Motiv“ wurde laut der Studie 2006 in mehreren Berichten genannt – ein Münchner Ermittlerteam hatte hinterfragt, welche Ansätze zur Aufklärung der Mordserie vernachlässigt worden seien. Aber so,

wie die Behörden diesen Strang wieder abschrieben, tauchte er auch in Medienberichten der Jahre bis Ende 2011 so gut wie nie wieder auf.

Auch türkischsprachige Medien in Deutschland berichteten nicht wesentlich anders, zeigt die Brenner-Studie auf. Ismail Erel, der für „Hürriyet“ und „Sabah“ gearbeitet hat, sah sich derselben Informationsdürre ausgesetzt wie seine Kollegen deutschsprachiger Medien: „Was wollen Sie machen, wenn Sie bei der Staatsanwaltschaft nach anderen Motiven fragen und immer wieder die Antwort kriegen: ‚Sie wollen doch ablenken?‘“ Erel ist sich sicher, dass die Verfassungsschutzstellen noch tiefer im NSU-Fall verstrickt sind, als bisher schon bekannt.

Was die Studie nicht aufzeigt, ist, dass kein Medium die Recherchemöglichkeiten eines Untersuchungsausschusses hat – und dass die parlamen-

tarischen Nachforschungen zum NSU wie auch der NSU-Prozess in München an Mauern des Schweigens stoßen. Michael Konken, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands sieht dennoch in der Brenner-Studie reichlich Grund zur Selbstkritik: „Daraus müssen wir lernen. Künftig müssen Journalisten bei einer dünnen Faktendecke vorsichtiger sein.“ Zwar seien Journalisten eben auf die Informationen von Ermittlungsbehörden angewiesen. Aber Medienvielfalt müsse auch gelebt werden.

Dass Regionalzeitungen zur Vielfalt beitragen, zeigt die Brenner-Studie. Zu ihren wenigen lobenden Passagen gehört, dass die Opfer der NSU-Mordserie vor allem in Lokalblättern als Mitbürger dargestellt worden seien. Anteilnahme und Betroffenheit seien dabei thematisiert worden – allerdings finde sich auch hier das Muster, dass das Op-

fer irgendwie Teil eines „mit negativen Merkmalen versehenen Kollektivs“ – Stichwort: Migrantenumilieu – gewesen sei. Dass Mafiaverbindungen oder Ähnliches eine Rolle spielen, klang offenbar für die Berichterstattenden „plausibel“, merkt Elke Grittmann von der Uni Lüneburg an. Insofern spiegele der Umgang der Medien mit den NSU-Morden gesellschaftliche Abgrenzungen wider.

Die Studie verweist auf die Duisburger Migrationsexpertin Patricia Jessen, die schon 2007 beklagte, dass in den Redaktionen zu wenige Journalisten mit ausländischen Wurzeln säßen: „Aus Sicht vieler Migranten bieten die deutschen Medien ihnen keine wirkliche Plattform, ihre Interessen, aber auch ihre Probleme zu artikulieren.“

ZUM WEITERLESEN

Die Studie gibt es kostenlos im Internet unter www.otto-brenner-stiftung.de